

# **IT-Einsatz in der Berliner Justiz**

(Stand: Juli 2009)

## **1. Überblick**

### **1.1 Ziele des IT-Einsatzes**

Gezieltes und systematisches Informationsmanagement ist ein wesentlicher Erfolgsfaktor für eine effiziente Arbeit in den Gerichten, Strafverfolgungsbehörden und Justizvollzugsanstalten. Informationsmanagement dient der Unterstützung, Beschleunigung und Erleichterung von Geschäftsabläufen und der Automatisierung. Daneben kommt auch der Erleichterung und Verbesserung der internen und externen Kommunikationsbeziehungen der Justiz eine wesentliche Rolle zu. Dank der bestehenden modernen IT-Infrastruktur kann der elektronische Rechtsverkehr in der Berliner Justiz nunmehr generell eingeführt werden. Als weiterer Schritt wird sich der nutzwertorientierte Ausbau mit bidirektionaler elektronischer Kommunikation und workflow-Management anschließen.

Der Einsatz von Informationstechnik ist für die Funktionsfähigkeit der Berliner Justizbehörden und Gerichte unabdingbar. Auch die notwendige Optimierung bzw. Reorganisation von Geschäftsprozessen ist ohne eine moderne IT-Ausstattung nicht mehr denkbar. An den flächendeckend vernetzten Bildschirmarbeitsplätzen mit Standardfunktionen für Texterstellung, E-Mail, Bürokommunikation, Internetrecherche etc. kommen zur passgenauen informationstechnischen Unterstützung der verschiedenen Fachbereiche leistungsfähige IT-Fachverfahren zum Einsatz.

Stand bis vor wenigen Jahren die flächendeckende Ausstattung mit Bildschirmarbeitsplätzen im Zentrum der Bemühungen, gilt es angesichts der erreichten Vollausstattung die IT-Landschaft zu konsolidieren und für künftige Herausforderungen vorzubereiten.

### **1.2 Stand der Zielerreichung**

In der vergangenen Legislaturperiode konnte das Ziel der Vollausstattung mit Bildschirmarbeitsplätzen erreicht werden.

An diesen Bildschirmarbeitsplätzen wird inzwischen eine Vielzahl von geeigneten IT-Fachverfahren eingesetzt (siehe unter Ziffer 2. Schwerpunkte des IT-Einsatzes).

In den Strafverfolgungsbehörden, der ordentlichen Gerichtsbarkeit, den Fachgerichtsbarkeiten und für die Justizvollzugsanstalten wurden zentrale IT-Stellen geschaffen.

Der Datenaustausch zwischen den Berliner Justizstandorten erfolgt über die vom Land Berlin zur Verfügung gestellte Netzinfrastruktur des MAN.

Bei der Anwendungsentwicklung wird der Übernahme fertiger IT-Verfahren Vorrang gegenüber Eigenentwicklungen eingeräumt. Beispielhaft sind die in den Fachgerichtsbarkeiten, dem Registergericht, den Grundbuchämtern und in den Justizvollzugsanstalten eingesetzten IT-Fachverfahren zu nennen. Soweit fertige Produkte nicht zur Verfügung stehen, wird die Entwicklung im Verbund mit anderen Bundesländern angestrebt. Nur ausnahmsweise sind Eigenentwicklungen begonnen bzw. fortgesetzt worden. Die Berliner Justiz nimmt externe IT-Infrastrukturdienstleistungen über das Informationstechnik-Dienstleistungszentrum des Landes Berlin - ITDZ - in Anspruch. Das ITDZ ist im Bereich der ordentlichen Gerichtsbarkeit mit der kompletten Bereitstellung und dem Betrieb der zentralen und dezentralen IT-Infrastrukturen (Server und Endgeräte) betraut.

### **1.3 Strategien zur weiteren Zielerreichung**

Die erfolgreichen Entwicklungs- und Konsolidierungsmaßnahmen sind fortzusetzen. Ein Schwerpunkt wird dabei zukünftig auf der weiteren bereichsübergreifenden Vereinheitlichung bei der Ausstattung und beim Betrieb der IT-Infrastruktur und bei der Nutzung von IT-Basisdiensten bzw. Fachverfahren liegen. Dabei werden insbesondere die in Folge der landesweiten Konsolidierung des IT-Einsatzes für das Land einheitlich bereitgestellten bzw. zukünftig bereit zu stellenden Basisdienste eine maßgebliche Rolle spielen. Ebenso wird das Gutachten berücksichtigt werden, das im Rahmen der von den Justizstaatssekretärinnen und -staatssekretären der Länder und des Bundes forcierten länderübergreifenden Harmonisierung und Standardisierung der informationstechnischen Unterstützung der Geschäftsprozesse in der Justiz erstellt wurde.

## **2. Fachspezifische Schwerpunkte des IT-Einsatzes**

### **2.1 Querschnittsverfahren**

#### **Haushaltswesen/Zahlungsverfahren**

Das landesweite Kassenverfahren ProFiskal (jetzt: Neues Berliner Rechnungswesen - NBR) wird in der Justiz für die Haushaltsplanaufstellung und Bewirtschaftung der Haushaltsmittel genutzt.

In den Geschäftsstellen der Gerichte werden damit auch die dort anfallenden Zahlungsvorgänge der Gerichtskosten vereinfacht und beschleunigt erledigt. Außerdem werden im gesamten Geschäftsbereich die Module für die Kosten- und Leistungsrechnung eingesetzt.

In Umsetzung der Ergebnisse des landesweiten Projektes Kassenkooperation wurde die Eigenentwicklung ZABUSYS (Zahlstellenbuchungssystem) durch das Modul Kassenwesen des landesweiten Haushaltsverfahrens ProFiskal in den Zahlstellen der Gerichte und der Justizkasse abgelöst.

Die gemeinsam mit der Landesjustizverwaltung Mecklenburg-Vorpommern entwickelte, spezielle IT-Anwendung für die Hinterlegungsstelle wird ab Mitte des Jahres in den Echtbetrieb gehen.

Das IT-Verfahren AJUKA (Automation der Justizkasse) wird weiterhin als gemeinsames Schnittstellenprogramm sämtlicher Justizfachverfahren kassenspezifische Justizdaten vor der Übergabe in das Landesverfahren ProFiskal zusammenführen. AJUKA ermöglicht über Schnittstellen zu den Justizfachverfahren eine umfassende elektronische Sollstellung ohne manuellen Erfassungsaufwand.

#### **Personalwesen**

Das Landesverfahren IPV (Integrierte Personalverwaltung) wird in Umsetzung der Ergebnisse der Projekte „Landesämter“ (landesweite Zusammenfassung gleichartiger Serviceaufgaben in einem Servicebereich) und „Justizreform“ (Schwerpunkt: Dezentralisierung der Fach- und Ressourcenverantwortung auf die Gerichte und Strafverfolgungsbehörden) mit den Modulen „Personalservice“ und „Stellenwirtschaft“ mit differenzierten Zugriffsmöglichkeiten in allen Dienstbehörden des Geschäftsbereiches der Senatsverwaltung für Justiz eingeführt.

Außerdem wird der Stellenplan mit dem Modul „Stellenplanung“ erstellt.

Im Aus- und Fortbildungsbereich der Präsidentin des Kammergerichts werden die Module „Bewerberverwaltung“, „Personalservice“ und „Veranstaltungsmanagement“ derzeit in einem workflow-orientierten Probe-Echt-Betrieb genutzt.

### **Dokumentenmanagement**

Die Senatsverwaltung für Justiz beteiligt sich an den strategischen Landesprojekten SIDOK (Informations- und Dokumentationssystem des Senats) und ProDMS zur Einführung eines landesweiten einheitlichen DOMEA-zertifizierten Vorgangsbearbeitungssystems.

Das landesweit für die Vorbereitung der Senatssitzungen zu nutzenden IT-Verfahrens SIDOK wird derzeit im Probe-Echt-Betrieb eingesetzt.

Die in der Senatsverwaltung für Justiz installierte Dokumentenmanagementsoftware wird zurzeit nur für die Aktenverwaltung und –recherche genutzt.

### **Justiz im Internet**

Das virtuelle Stadtinformationssystem unter [www.berlin.de](http://www.berlin.de) ist eines der umfangreichsten und meistgenutzten Stadtportale in Deutschland. Das innerhalb dieses Landesauftritts unter [www.berlin.de/justiz](http://www.berlin.de/justiz) liegende Informationsangebot der Berliner Justiz verzeichnet ein großes Interesse. Das Angebot steht weitgehend barrierefrei zur Verfügung.

Im November 2005 haben die Kabinette der Länder Berlin und Brandenburg gemeinsam beschlossen, für die Auftritte "gemeinsamer Einrichtungen und Behörden sowie für gemeinsame Aktionen, Projekte etc." ein "einheitliches Erscheinungsbild" erarbeiten zu lassen. In Umsetzung dieses Beschlusses haben die beiden Staatskanzleien die Internetplattform [www.berlin-brandenburg.de](http://www.berlin-brandenburg.de) geschaffen.

Unter Federführung des Landesarbeitsgerichts Berlin-Brandenburg wurde in Zusammenarbeit mit der Juris GmbH im Jahre 2008 eine Entscheidungsdatenbank aller Gerichte aus Berlin und Brandenburg aufgebaut und befindet sich als kostenloser Bürgerservice im Internet ([www.gerichtsentscheidungen.berlin-brandenburg.de](http://www.gerichtsentscheidungen.berlin-brandenburg.de)).

### **Infoportal**

Für den gesamten Geschäftsbereich der Senatsverwaltung für Justiz wird ein einheitliches Infoportal zur Verfügung gestellt. Ziel des Gesamtvorhabens ist es, allen Mitarbeitern der zum Justizressort gehörenden Gerichte und Behörden umfassende Informationen zur Unterstützung der Aufgabenerledigung im Sinne eines übergreifenden Intranets zur Verfügung zu stellen.

Dabei werden die derzeit noch bestehenden "Hauslösungen" sämtlich in das Infoportal überführt. Auch die noch in Papierform vorliegenden Sammelakten werden digitalisiert und in das Intranet überführt werden. In einem weiteren Realisierungsschritt werden gerichts- bzw. behördeninterne wie -übergreifende geschlossene Foren insbesondere für die Gerichtsverwaltungen und die Beschäftigtenvertretungen eingerichtet werden.

Seit Mitte 2008 sind die ehemaligen Intranets der Senatsverwaltung für Justiz und der Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit (17 Standorte) in das Infoportal überführt und im Echtbetrieb.

Für die Realisierung des Infoportals für die Strafverfolgungsbehörden, den Justizvollzug, die Fachgerichtsbarkeiten des Landes Berlin (einschl. Arbeitsgericht), die Sozialen Dienste und die gemeinsamen Fachobergerichte Berlins und Brandenburgs wird zur Zeit ein Angebot durch das ITDZ und Berlinonline erstellt. Die Integration der Intranets dieser Dienststellen wird in diesem Jahr umgesetzt.

Im Hinblick auf die gemeinsamen Fachobergerichte Berlins und Brandenburgs findet die Realisierung des Infoportals für die Fachgerichtsbarkeiten in enger Abstimmung beider Länder statt.

### **Berliner Rechtsvorschriften im Intranet**

Die von der Senatsverwaltung für Justiz durch den Kulturbuch-Verlag GmbH Berlin ([www.kulturbuchverlag.de](http://www.kulturbuchverlag.de)) herausgegebenen Berliner Rechtsvorschriften (BRV) – Amtliche Sammlung – werden im Internet und im Berliner Landesnetz (Intranet) kostenlos zur Verfügung gestellt.

Unter [www.berlin.de/justiz/service/service.html](http://www.berlin.de/justiz/service/service.html) bzw. über die obige Internet-Adresse sind auch das Amtsblatt- sowie das Gesetz- und Verordnungsblatt einsehbar.

## **Juristische Informationssysteme**

Alle Justizeinrichtungen haben Zugriff auf die wichtigsten Datenbanken der juris GmbH, die ordentliche Gerichtsbarkeit, die Strafverfolgungsbehörden und der Justizvollzug auch auf das Informationsmedium beck-online. Der Zugriff ist auch vom häuslichen Arbeitsplatz der Richter/innen und Staatsanwälte/ Staatsanwältinnen möglich.

### **2.2 Senatsverwaltung für Justiz**

Alle Arbeitsplätze sind mit vernetzten PC ausgestattet. Den Mitarbeitern steht neben MS-Office 2000/2003 und Juris sowie beck-online der Zugriff auf das Internet, das Infoportal der Berliner Justiz mit einer integrierten Vorschriftendatenbank und das Intranet der Berliner Verwaltung mit diversen Informationsangeboten und einer elektronischen Formulareammlung zur Verfügung. Die zentrale Registratur arbeitet mit einem landesweiten DOMEA-zertifizierten DMS-System, welches im nächsten Schritt zu einem Vorgangsbearbeitungssystem mit integriertem WorkFlow ausgebaut wird.

Die hauseigene Bibliothek arbeitet mit einer eigenen Fachanwendung auf Basis von PHP und MySQL.

### **Gemeinsames Juristisches Prüfungsamt (GJPA) Berlin-Brandenburg**

Das Gemeinsame Juristische Prüfungsamt (GJPA) Berlin-Brandenburg nutzt seit dem Jahreswechsel 2007/ 2008 das speziell auf die Unterstützung der Arbeitsabläufe des Amtes in den Staatsprüfungen zugeschnittene elektronische Datenverarbeitungsprogramm „Progreso“.

Die Softwarelösung wurde auf der Grundlage eines zunächst in Sachsen entwickelten, in Thüringen erweiterten Programms, auf die Bedürfnisse des gemeinsamen juristischen Prüfungsamtes angepasst und in der Funktionalität wesentlich erweitert. In Mecklenburg–Vorpommern und Sachsen-Anhalt wurden zeitgleich Programme eingeführt, die aus der gleichen Grundstruktur entwickelt wurden.

Die Software erfasst sämtliche Kandidaten- und Prüferdaten, erstellt selbständig die im Laufe des Prüfungsverfahrens erforderlichen Schriftstücke bis hin zu den Examenszeugnissen und ermöglicht neben den fest vorgesehenen statistischen Auswertungen eine Vielzahl individuell bestimmbarer Abfragen. Die Verfahrens-

abläufe konnten so gestrafft, die Fehleranfälligkeit in den einzelnen Verfahrensschritten deutlich reduziert werden.

### **2.3 Ordentliche Gerichtsbarkeit**

Im Bereich der ordentlichen Gerichtsbarkeit kommen aufgrund der Aufgabenvielfalt verschiedene Fachverfahren zum Einsatz, von denen einige in den nächsten Jahren abgelöst werden müssen. Um den künftigen großen Herausforderungen an die IT-Unterstützung der justiziellen Geschäftsprozesse zu meistern bzw. noch stärker in wirtschaftlicher Weise gerecht werden zu können, plant das Land Berlin in enger Abstimmung mit dem Land Brandenburg für die ordentliche Gerichtsbarkeit die Einführung eines neuen IT-Leitverfahrens. Länderübergreifende Gemeinsamkeiten sind hierbei auszuloten. Diese Neueinführung wird die IT-Entwicklung – auch organisatorisch – in der ordentlichen Gerichtsbarkeit über die nächsten Jahre begleiten.

#### **AULAK**

AULAK (Automation des Landgerichts, der Amtsgerichte und des Kammergerichts), die für die ordentliche Gerichtsbarkeit entwickelte Ausprägung des länderübergreifenden Justizfachverfahrens Trijus, wird in Berlin im Zivilprozess, in Familiensachen, Strafsachen, der Zwangsvollstreckung, den Verbraucherinsolvenzen und Beratungshilfverfahren eingesetzt. Es verfügt über ein komfortables automatisiertes Formularwesen. Alle Anwender eines Gerichts nutzen eine gemeinsame Datenablagestruktur zur Speicherung verfahrensrelevanter Dokumente. AULAK ist modular aufgebaut. Für die unterschiedlichen Gerichtszweige (Zivilprozess inkl. Familiensachen, Strafprozess, FGG) existieren eigene, jedoch für die Pflege von Stammdaten und Zugriffsrechten gemeinsame, Module. Die Oberflächen sind einheitlich gestaltet. AULAK ist vergleichsweise frei konfigurierbar. AULAK verwendet derzeit als Standardtextverarbeitung Microsoft Word. Adressdaten, das Große Rubrum usw. werden automatisch erstellt und in das Schriftgut eingefügt. Über eine Schnittstelle in AULAK besteht die Möglichkeit, mittels automatisierter Textvorlagen (Makrosteuerung) Schriftgut erstellen zu lassen. Ein großer Teil des Schreibwerks kann so direkt von dem jeweiligen Bearbeiter erstellt werden, ohne dass dieser einen Schreibdienst in Anspruch nehmen muss. Neben den Verfügungsformularen stehen weitere Tools bereit, z.B.

Zählkarten, Statistiklisten usw. Das Modul AULAK-FGG (Vormundschaftssachen) ist das jüngste im Echtbetrieb eingesetzte Modul. Im Bereich Nachlass ist die Aufnahme des Pilotbetriebes für das III. Quartal 2009 vorgesehen. Zurzeit wird die Anpassung an das FamFG realisiert, so dass der Betrieb rechtzeitig zum Inkrafttreten des neuen FamFG am 1. September 2009 beginnen kann.

### **AUREG**

Die Länder Berlin, Brandenburg, Schleswig-Holstein und Bremen entwickeln und betreiben das Fachverfahren AUREG (Automation des Handelsregisters) zur Führung des elektronischen Handels-, Partnerschafts-, Genossenschafts- und Vereinsregisters. Aus ihm erfolgt die Registerauskunft. Im Amtsgericht Charlottenburg, dem Berliner Registergericht, wurde der Echtbetrieb von AUREG im Juni 2004 aufgenommen. Handelsregister (HR A und B), Genossenschafts- und Partnerschaftsregister sowie das Vereinsregister sind vollständig auf die elektronische Registerführung umgestellt. Seit Juni 2006 betreibt das Rechenzentrum von Dataport (Bremen und Hamburg) die Registerserver im Verbund der vier Länder. Das Berliner Registergericht ist über eine WAN-Verbindung des ITDZ Berlin angebunden. Die Online-Auskunft aus den Berliner Registern ist seit August 2006 möglich. Mit Inkrafttreten des EHUG zum 1. Januar 2007 finden Anmeldungen zum Handelsregister und das Einreichen von Unterlagen elektronisch statt. Die gemeinsame, harmonisierte Entwicklung der Länder auf der Basis existierender Standards trägt dem Ziel Rechnung, den Betrieb und die Weiterentwicklung der Anwendung möglichst kostengünstig zu realisieren. Die Anforderungen aus dem Gesetz zur Modernisierung des GmbH-Rechts und zur Bekämpfung von Missbräuchen (MoMiG) sind zwischenzeitlich programmtechnisch umgesetzt.

### **Elektronischer Rechtsverkehr**

AUREG war das Pilotvorhaben der Berliner Justiz für den elektronischen Rechtsverkehr. Mit dem Vorhaben AUREG haben die Berliner Justiz und das Land Berlin die technischen Voraussetzungen für eine weitere Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs bei den Gerichten geschaffen. Eine virtuelle Poststelle auf Basis des Produkts EGVP/ERV-D steht für den elektronischen Rechtsverkehr als weitere Komponente grundsätzlich zur Verfügung. In Anbet-



racht der gewonnenen Erkenntnisse und der verfügbaren Infrastruktur wird nunmehr der elektronische Rechtsverkehr in der Berliner Justiz flächendeckend zum 1. Januar 2010 eingeführt werden.

### **KIKO**

1998 wurde die Anwendung zur Automationsunterstützung der Konkurskartei an die Erfordernisse des Insolvenzverfahrens angepasst. Unter dem Namen KIKO (Kartei für Insolvenz- und Konkursachen) unterstützt es die Bearbeitung sowohl der Unternehmens- als auch der Verbraucherinsolvenzen im AG Charlottenburg. Im Rahmen des notwendig gewordenen Wechsels zu einer zukunftsorientierten und modernen Fachanwendung wird derzeit intensiv geprüft, ob und ggf. wie die Ablösung von KIKO neben anderen Möglichkeiten auch ein Initialprojekt für ein weiteres Dokumentenmanagement- oder Vorgangsbearbeitungssystem in der ordentlichen Gerichtsbarkeit sein kann. Die möglichen Synergieeffekte, z. B. zum elektronischen Handelsregister AUREG, werden dabei als erheblich eingestuft.

### **AUMAV**

Mit der Anwendung AUMAV – Automation des gerichtlichen Mahnverfahrens – werden die im zentralen Mahngericht eingehenden Anträge auf Erlass von Mahnbescheiden (derzeit ca. 470.000 Anträge jährlich) überwiegend maschinell bearbeitet; dabei werden fast 70 % (1.500 Anträge pro Tag) auf verschiedenen Wegen elektronisch übermittelt. Die Verfahrenssteuerung und Datenhaltung erfolgen durch das bundeseinheitliche Programmsystem zu über 95 % papierlos. Die erlassenen Bescheide und Nachrichten werden über spezielle Poststraßen zentral versandfertig vorbereitet.

Das automatisierte Mahnverfahren ist seit Oktober 2003 um das Verfahren zur Stellung von Mahnanträgen im Internet (Online-Mahnantrag = interaktives Mahnbescheidsformular mit umfassenden Plausibilitätsprüfungen und Hilfefunktionen – ProfiMahn = Abwicklung der gesamten Kommunikation mit den Mahngerichten in elektronischer Form durch den Antragsteller) ergänzt worden.

Das Amtsgericht Wedding in Berlin ist seit dem 1. Juli 2006 Zentrales Mahngericht Berlin-Brandenburg und zuständig für sämtliche Mahnverfahren der ordentlichen Gerichtsbarkeit beider Länder.

Das Zentrale Mahngericht Berlin-Brandenburg ist seit dem 20. Februar 2007 für den so genannten "Barcode-Antrag" freigeschaltet worden. Der "Barcode-Antrag" bedeutet eine weitere Möglichkeit der Antragstellung. Spontan kann ohne Mahnbescheidsvordruck oder Signaturkarte ein Antrag auf dem eigenen Drucker erzeugt werden. Dieser muss lediglich noch unterschrieben und an das Mahngericht übersandt werden. Es handelt sich zwar grundsätzlich um eine weitere Form des Papierantrages, dieser kann jedoch mittels des Barcodes beim Gericht maschinell eingelesen werden.

Seit dem 12. Dezember 2008 ist das Amtsgericht Wedding auch für die Mahnverfahren zuständig, deren Antragsteller keinen allgemeinen Gerichtsstand im Inland haben (vormals Amtsgericht Schöneberg).

### **EU-Mahnverfahren**

Mit der Verordnung (EG) Nr. 1896/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 (ABI. L 399/1R) wurde zum 12. Dezember 2008 das Europäische Mahnverfahren eingeführt. Es gilt in allen Mitgliedstaaten mit Ausnahme Dänemarks. Berlin hat sich auf Wunsch der Bundesländer dazu bereiterklärt, alle Verfahren (Ausnahme: arbeitsrechtliche Forderungen) beim Amtsgericht Wedding in Berlin konzentriert zu bearbeiten.

Unter der Federführung der Berliner Justiz wurde in Zusammenarbeit mit Österreich die Grundversion einer IT-Fachanwendung entwickelt, die sich zum Einsatz in der gesamten EU eignet. Dienstleistungspartner ist das Unternehmen IBM, auf dessen Erfahrung bei der Entwicklung der Anwendung für das nationale österreichische Mahnverfahren zurückgegriffen werden konnte. Zur Erstellung der Grundversion hat Berlin bereits Fördergelder von der EU erhalten. Auch für den weiteren Ausbau des Fachverfahrens und zur Realisierung der elektronischen Antragstellung sind Fördermittel beantragt, über deren Bewilligung aber noch nicht entschieden ist.

Seit Inbetriebnahme des EU-Mahnverfahrens gehen durchschnittlich 130 Anträge im Monat beim Amtsgericht Wedding ein, die unter Verwendung des Fachverfahrens bearbeitet werden. Das Fachverfahren läuft dabei stabil und störungsfrei.

**SCHUV**

Mit dem Projekt SCHUV wurde das bei dem Amtsgericht Schöneberg geführte Zentrale Berliner Schuldnerverzeichnis automatisiert. Die einzelnen Amtsgerichte führen keine örtlichen Schuldnerverzeichnisse mehr. Sie sind online mit dem Zentralverzeichnis verbunden. Seit dem 27. April 2008 wurde in Berlin das automatisierte Ab-rufverfahren bei dem zentralen Schuldnerverzeichnis eingeführt: Finanzämter, Vollstreckungsbehörden und Staatsanwaltschaften haben so die Möglichkeit, zur pflicht-gemäßen Erfüllung ihrer Aufgaben einen lesenden Zugriff auf die Daten des zentra-len Schuldnerverzeichnisses zu erlangen.

Sowohl die vom Gesetzgeber vorgesehenen Änderungen im Vollstreckungswesen als auch die sich dynamisch entwickelnden Anforderungen der gerichtlichen Praxis (z.B. elektronischer Rechtsverkehr und Datenaustausch mit Behörden, Gerichten, Gerichtsvollziehern, Dritten) machen nicht nur aus technischer, sondern auch aus funktioneller Sicht eine baldige Ablösung des Fachverfahrens nötig. In Frage kom-mende Lösungsansätze werden derzeit untersucht.

### **TESTAM**

Beim Projekt TESTAM wurde die beim Amtsgericht Schöneberg geführte Haupt-kartei für Testamente (so genanntes „Ersatzstandesamt“) automatisiert. Hierzu wurde ein Großteil des Karteikartenbestandes digitalisiert und für die Auskunfts-erteilung und Bearbeitung über die Fachanwendung verfügbar gemacht.

Die Anwendung verwaltet insgesamt ca. 3 Millionen Datensätze. Der Datenbe-stand wächst jährlich um ca. 30.000 Neueinträge an. Die Digitalisierung der Hauptkartei für Testamente und verschiedene organisatorische Maßnahmen ha-ben dazugeführt, dass die Bearbeitung der täglich etwa 2.000 eingehenden Mit-teilungen über einen Sterbefall zeitnah abgearbeitet werden können.

Der schnelle technische Fortschritt als auch organisatorische Veränderungspro-zesse erfordern eine Weiterentwicklung des Verfahrens. Die Ausrichtung auf den elektronischen Datenaustausch mit den Standesämtern sowie eine dem Stand der Technik gebotene Kommunikation mit den Gerichten und Notaren ist beab-sichtigt. Entsprechende Vorarbeiten haben begonnen.

### **SolumSTAR**

Die Einführung des maschinell geführten Grundbuchs wurde mit dem Projekt SolumSTAR (Solum = lat. Grund + Boden, STAR = System für Textverarbeitung, Archivierung und Recherche) bis Ende 2000 vollzogen. Derzeit befindet sich die Folgeversion 2.18 im Einsatz.

Seit März 2000 werden in Berlin externe Kunden wie Notare oder Banken zum automatisierten Grundbuch-Abrufverfahren zugelassen. Hierzu wird das Verfahren SolumWEB auf Basis einer ISDN-Leitung eingesetzt. Der Abruf über das Internet ist in Vorbereitung und wird stufenweise eingeführt.

Die für den Betrieb des elektronischen Grundbuchs in den Grundbuchämtern erforderliche informationstechnische Ausstattung sowie deren Wartung und Pflege wird im Rahmen einer „public-private-partnership“ von einem Investor privat finanziert. Dieser refinanziert sich aus dem an ihn abgetretene Gebührenaufkommen aus den automatisierten Grundbuchabrufen.

In Kooperation mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung wurde ein automationsgestütztes Verfahren zum Abgleich von Liegenschaftskataster und Grundbuch eingeführt. Während das Projekt zur Einführung des Verfahrens Mitte des Jahres 2008 abgeschlossen werden konnte, dauern die Arbeiten für den Erstdatenabgleich noch bis Anfang 2010 an.

Berlin beteiligt sich außerdem gemeinsam mit allen anderen Bundesländern am bundesweiten Projekt „Neuentwicklung eines datenbankgestützten Grundbuchs“. Dieses Projekt hat die Entwicklung eines Verfahrens zur Bearbeitung, Speicherung und Darstellung eines rechtsgültigen Grundbuchs in vollständig strukturierter elektronischer Form unter Ablösung des derzeitigen Fachverfahrens SolumSTAR zum Ziel. Das Projekt befindet sich derzeit in der Ausschreibungsphase zur Fertigstellung des Fachfeinkonzepts und zur Systemerstellung.

## **2.4 Fachgerichtsbarkeiten**

Der erfolgreichen Fusion der Fachobergerichte der Länder Berlin und Brandenburg folgend, sollen zukünftig einheitliche Fachverfahren in allen Fachgerichtsbarkeiten beider Länder zum Einsatz kommen. Die Grundlage hierfür wurde durch die BLK-Arbeitsgruppe „Vereinheitlichung der Fachverfahren für die Fachgerichtsbarkeiten“ geschaffen. Diese evaluierte auf der Grundlage eines Beschlusses der Amtschefs aller Bundesländer und des Bundesministeriums der Justiz sämtliche hierfür in Frage kommenden Justiz-Fachverfahren.

### **Verwaltungsgerichtsbarkeit**

Im Verwaltungsgericht Berlin und im Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg werden alle Geschäftsbereiche durch den Einsatz von zeitgemäßer Informationstechnologie an vernetzten PCs unterstützt. Als Anwendungssoftware kommt das Fachverfahren hd-georg bzw. hd-solon zum Einsatz.

Mitte dieses Jahres ist vorgesehen, das neue Fachverfahren GOŞA im Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg einzuführen. Anschließend wird dann die Umstellung im Verwaltungsgericht Berlin von hd-georg auf GOŞA durchgeführt. GOŞA ist die Weiterentwicklung des bewährten hd-georg auf Basis offener Standards. In der Vergleichsstudie "Harmonisierung der Fachverfahren", die im Auftrag der Bund-Länder-Kommission für Datenverarbeitung und Rationalisierung in der Justiz durchgeführt wurde, ist GOŞA „Testsieger“.

### **Arbeitsgerichtsbarkeit**

Das in Berlin angesiedelte gemeinsame Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg und das im gleichen Gebäude befindliche Arbeitsgericht Berlin haben eine gemeinsame IT-Infrastruktur. Windows 2003-Server, Windows 2000-Server sowie Linux-Server bilden die zentralen Komponenten.

Auf den ca. 320 Arbeitsplatz-PCs unter dem Betriebssystem Windows XP wird neben den Microsoft-Office 2002-Produkten das Geschäftsstellenverwaltungsprogramm TRIJUS Fach der Ismaninger Firma EM Software GmbH eingesetzt. Dem Programm liegt derzeit eine Informix-Datenbank zugrunde. Mit TRIJUS-Fach werden allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vielfältige Verfahrensinformationen zur Verfügung gestellt. Für die Richterinnen und Richter gibt es dazu einen integrierten Richterarbeitsplatz. TRIJUS-Fach ist für den elektronischen Rechtsverkehr und die Einbindung eines Dokumentenmanagementsystems (DMS) vorbereitet. Die Einführung von TRIJUS-Fach in den Brandenburger Arbeitsgerichten wird vom Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg intensiv unterstützt.

Digitale Diktiergeräte (Philips DPM 9360) sowie dazugehörige Schreibplätze mit der SpeechExec Wiedergabesoftware stehen ebenso in ausreichender Zahl zur Verfügung wie Lizenzen der Spracherkennungssoftware der Fa. Nuance „Dragon Naturally Speaking 9 Legal Version“.

Über ein hausintern betriebenes Intranet sind an jedem Arbeitsplatz zahlreiche interne und externe Informationsquellen verlinkt erschlossen.

Allen Richterinnen und Richtern, allen Rechtspflegerinnen und Rechtspflegern sowie bei Bedarf an weiteren Arbeitsplätzen (z.B. Bibliothek, Verwaltung) stehen die Informationssysteme Juris (einschließlich dem Gesetzesportal), beck-online und Arbeitsrecht-Digital (Luchterhand) zur Verfügung.

Im Rahmen eines mittelfristigen Projektes wird eine weitgehende Migration der eingesetzten Software auf OpenSource-Produkte angestrebt.

### **Sozialgerichtsbarkeit**

Das Sozialgericht Berlin verfügt über eine Vollausstattung aller Arbeitsplätze mit modernen Endgeräten. Momentaner Schwerpunkt der IT ist die fortschreitende Geschäftsprozessoptimierung mit Hilfe der Fachverfahren und die Steigerung der Bedienerfreundlichkeit aller im Hause eingesetzter Programme.

Schrittweise erfolgt die Einführung des digitalen Diktats.

Der Aspekt des optimalen Mitteleinsatzes steht im Mittelpunkt.

### **Finanzgerichtsbarkeit**

Das Finanzgericht Berlin ist zum 1. Januar 2007 im gemeinsamen Finanzgericht der Länder Berlin und Brandenburg in Cottbus aufgegangen und wird seither informationstechnisch durch das Ministerium der Justiz des Landes Brandenburg betreut.

## **2.5 Strafverfolgungsbehörden**

Die Strafverfolgungsbehörden Berlins sind seit 2003 vollständig mit vernetzten Bildschirmarbeitsplätzen ausgestattet. Auf den 1.307 Arbeitsplätzen werden den Sachbearbeitern je nach Aufgabengebiet die Softwareprodukte ASTA - Automatisiertes Staatsanwaltschaftliches Auskunftssystem - und JUKOS - System zur elektronischen Unterstützung der Geldstrafen- und Kostenvollstreckung oder Büroanwendungen (MS-Office, Star-Office) mit Textverarbeitung, Tabellenkalkulation, lokaler Datenbank und E-Mail angeboten. Darüber hinaus steht das Informationssystem IStA zur Verfügung mit Gesetzes- und Verordnungstexten, juris und einer hausinternen Intranet-Informationenplattform. Die informationstechnische Infrastruktur wird mit Hilfe der Software Citrix MetaFrame in der Ar-

chitektur "server-based-computing" (SBC) mit leistungsfähigen Applikations-, File- und Datenbankservern im sog. Back-Office und Thin Clients an den Arbeitsplätzen betrieben.

Auf dieser Basis wird im Rahmen des Reorganisationsprojekts der Berliner Strafverfolgungsbehörden MODESTA (Modernisierung der Staatsanwaltschaften) eine zukunftsfähige technische Integrationslösung geschaffen, die Datenredundanzen vermeidet und an neu definierten Geschäftsabläufen und -prozessen der Behörden ausgerichtet folgende Ziele verfolgt:

- Beschleunigung der Verfahrensabläufe, insbes. im Ermittlungsbereich,
- Optimierung der Qualität staatsanwaltschaftlicher Produkte,
- Steigerung der Mitarbeiterzufriedenheit,
- Sparsamerer Umgang mit knappen Ressourcen (Personal, Zeit, Material),

MODESTA bietet hierfür:

- eine umfassende IT-Unterstützung am Arbeitsplatz mit einheitlichem Zugangsportale und durchgehend grafischer Benutzeroberfläche,
- eine umfassende Informationsgewinnung am Arbeitsplatz durch Zugriff auf interne Informationen - ASTA, ISTA, JUKOS - sowie externe Informationen - POLIKS, BZR, ZStV, VZR, GZR, StaLa, Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten, Verfügungssammlungen, Umläufe, Rechtsprechungs- und Entscheidungssammlungen (JURIS), Gesetzes- und Verordnungstexte und Literaturlandstellen,
- voll- oder teilelektronische (Hand-)Akten mit Recherchemöglichkeit in diesem Bestand (mit Option für externe elektronische Akteneinsicht in UJs-Verfahren) ,
- Elektronische Kommunikation mit der Polizei (e-Ermittlungsaufträge bzw. bidirektionaler elektronischer Informationsaustausch im allgemeinen),
- eine weitgehend automatisierte Textverarbeitung (Textbausteine, Formulare, Musterdokumente z.B. Anklageentwürfe),
- eine Option für elektronische Heimarbeitsplätze

Besondere Beachtung finden die Schnittstellen zu den externen Kommunikationspartnern, insbesondere zu den Gerichten und zur Justizkasse, zur Polizei (POLIKS), zu den bundesweiten Registersystemen BZR, ZStV, VZR, GZR, zum

Statistischen Landesamt und zum Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten.

MODESTA wird in drei Stufen realisiert:

- Einführung der IT-gestützten Registratur mit umfassender Textverarbeitung unter Ablösung des Altverfahrens AStA; automatische Datenübernahme aus dem IT-Fachverfahren der Berliner Polizei POLIKS; Schnittstelle zum IT-Fachverfahren der Strafgerichte AULAK,
- Einführung der elektronischen Ermittlungsakte unter Zugriff auf die elektronische Ermittlungsakte in POLIKS,
- vollständige IT-gestützte Vorgangsbearbeitung;

Die Pilotierung der 1. Stufe ist für Mitte 2010 vorgesehen.

## **2.6 Justizvollzug**

Seit dem 01. Januar 2008 besteht die Zentrale IT-Stelle der Berliner Justizvollzugsanstalten und der Sozialen Dienste der Justiz (ZIT) mit Sitz in der JVA Charlottenburg als zentraler Dienstleister für den Betrieb der Informationstechnik in den Berliner Justizvollzugsanstalten und den Sozialen Diensten der Justiz.

Der Aufgabenschwerpunkt der Zentralen IT-Stelle liegt in der Sicherstellung der Betriebsbereitschaft der Bildschirmarbeitsplätze und der Administration der in den Justizvollzugsanstalten und bei den Sozialen Diensten der Justiz eingesetzten IT-Fachverfahren.

Die Gewährleistung der Sicherheit des Datennetzes sowie die Bereitstellung moderner Datenkommunikation gehören ebenso zum Aufgabenspektrum der ZIT wie die Beschaffung der für die angeschlossenen Behörden erforderlichen Hard- und Software. Überdies obliegt der ZIT die Beratung der angeschlossenen Behörden in Fragen der strategischen und operativen Planung des Informationsmanagements.

Im Laufe der Jahre 2008 und 2009 wurden bzw. werden durch die Zentrale IT-Stelle der Berliner Justizvollzugsanstalten und der Sozialen Dienste der Justiz (ZIT) die Einführung einer neuen gemeinsamen Domäne für den Berliner Justizvollzug und die Sozialen Dienste der Justiz, die Einrichtung eines gemeinsamen E-Mailsystems (Exchange-Server), die Einrichtung eines zentralen Microsoft SQL-Servers, die Softwareumstellung aller Bildschirmarbeitsplätze der Berliner Justizvollzugsanstalten und der Sozialen Dienste auf Windows XP und MS Office 2003 sowie die Realisierung



eines flächendeckenden Virenschutzes und eines umfassenden Backupsystems realisiert. Der einzuführende flächendeckende Internetzugang wird über zentrale Proxy-Server der ZIT gewährleistet.

Weitere Vorhaben sind die umfassende Virtualisierung der Hardwareserver für die Bereitstellung von Test- oder Schulungsdatenbanken, der schrittweise Neuaufbau der Serverlandschaft (Stichworte Bladeserver, Green-IT) sowie die Umstellung auf ein leistungsfähiges, einheitliches Firewallsystem.

In allen Justizvollzugsanstalten des Landes konnte zum Januar 2009 das bisherige IT-Verfahren Basis (Buchhaltungs- und Abrechnungssystem im Strafvollzug) durch das im Länderverbund neu entwickelte Verfahren Basis Web abgelöst werden.

Insgesamt sind für die Verfahrensumstellung ca. 2000 Mitarbeiter/innen des Berliner Justizvollzuges durch die AG BasisWeb im neuen Verfahren unterwiesen worden.

Diese Verfahrensumstellung beinhaltet nicht nur die Ablösung in den Bereichen Vollzugsgeschäftsstelle, Zahlstelle und Arbeitsverwaltung, sondern auch die umfassende Einführung in allen anderen Bereichen der Vollzugsanstalten, wie z. B. in den Bereichen Pforten, Sprechstundenabwicklung, Abwesenheitsverwaltung (inklusive der Urlaubs- und Ausgangsverwaltung), Einkauf sowie des Moduls ärztlicher Dienst. Ziel der Verfahrensumstellung war insbesondere, dass die Mitarbeiter/innen des Berliner Justizvollzuges in BasisWeb die Buchungen vornehmen, die sie auch tatsächlich bearbeiten.

Zur automatisierten Dienstplanerfassung und –abrechnung wird das Standardprodukt DrägerDSM der Firma DrägerSafety in allen Vollzugseinrichtungen des Landes Berlin eingesetzt.

Zur IT-Unterstützung der betrieblichen Arbeitsabläufe in den Arbeitsbetrieben der Vollzugseinrichtungen wird 2009 zunächst als Pilotprojekt das im Länderverbund federführend von Nordrhein-Westfalen entwickelte Verfahren NEXUS-Web eingeführt. Ebenfalls in der Vorbereitung zur Pilotierung befindet sich das Verfahren Nexus Velis, eine Hauskammerverwaltung für den Justizvollzug. Dieses Verfahren enthält eine Schnittstelle zum Verfahren Basis Web.

## **2.7 Soziale Dienste der Justiz**

Die Sozialen Dienste der Justiz sind vollständig mit Bildschirmarbeitsplätzen ausgestattet und werden seit Januar 2009 von der ZIT betreut. Die PC-Arbeitsplätze werden

auf einen einheitlichen Soft- und Hardwarestand gebracht und in die gemeinsame Domäne der ZIT integriert.

Das bei den Sozialen Diensten eingesetzte IT-Fachverfahren ADSODI (Automatische, allgemeine Datenverarbeitung Soziale Dienste) unterstützt die Aufgaben der Registratur. Es weist die Erfassung und den Bearbeitungsstand der Bearbeitungsfälle nach. Es können Texte, Berichte und Statistiken erstellt werden. ADSODI wird voraussichtlich noch im Laufe des Jahres 2009 durch die Software SoPart der Fa. Gauss-LVS abgelöst werden. Der erfolgreiche Probetrieb von SoPart wurde im März 2009 abgeschlossen. Berlin plant nach Beginn des flächendeckenden Echtbetriebes einen Beitritt zum Länderverbund SoPart.

## **2.8 Ausblick**

Die Konsolidierung der zur Verfügung gestellten modernen Informationstechnik hat für die Berliner Justiz unter dem Aspekt eines optimalen Mitteleinsatzes eine sehr hohe Priorität. Sie ist die Grundlage für eine regelmäßig fortschreitende Geschäftsprozessoptimierung in den Gerichten und Justizbehörden im Sinne eines kontinuierlichen Verbesserungsprozesses.